

Konferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher, 27. und 28. Juni 2021

Ein Wahlprogramm für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik in einem modernen Deutschland

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher begrüßen das Wahlprogramm von CDU/CSU. Unser Programm steht im klaren Kontrast zum Programm der Linkskoalition aus SPD, Grünen und Linken. Wir wollen die Mitte unserer Gesellschaft stärken.

Die finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen in den Ländern und im Bund stehen für eine nachhaltige und generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik ein. Wesentlicher Bestandteil davon ist die **grundgesetzliche Schuldenbremse**. Ein Aufweichen der bestehenden Regelungen lehnen wir entschieden ab. Gerade in der Pandemie hat sich die Schuldenbremse als funktionsfähig erwiesen, da sie als Instrument flexibel genug ist, um auf Krisen wirkungsvoll zu reagieren. Ein dauerhaftes Wirtschaften auf Pump lehnen wir ab. Das ginge nur auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Der Bund und die Länder sollen so schnell wie möglich wieder zu ausgeglichenen Haushalten ohne neue Schulden zurückkehren.

Die Sprecher stellen klar: Die europäische Schuldenaufnahme für das Aufbauminstrument „Next Generation EU“ ist befristet und einmalig. Sie ist kein Einstieg in eine Schuldenunion – und darf es nie werden. Denn für eine verantwortliche Haushalts- und Finanzpolitik in den Mitgliedstaaten müssen Haftung und Verantwortung in einer Hand bleiben.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern die finanzielle Situation von **Familien zu stärken** und zu verbessern. Aus diesem Grund streben wir perspektivisch den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und sprechen uns für ein Kindersplitting aus. Zusätzlich fordern wir die steuerliche Entlastung für Alleinerziehenden. Zur Stärkung der Familie ist es für uns wichtig, dem Wunsch von Familien nach Wohneigentum für den erstmaligen Eigentumserwerb zu fördern. Dazu gehört für die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher die Ausweitung der KfW-Wohneigentumsprogramme für Familien und die Einführung von Freibeträgen bei der Grunderwerbsteuer, denn Wohneigentum kann vor Altersarmut schützen. Die verstärkte steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen wird Familien im Alltag entlasten.

Wir stehen für **Steuergerechtigkeit**. Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher unterstützen das Ansinnen, Steuerschlupflöcher zu schließen, Steuerhinterziehung sowie aggressive Steuergestaltungen zu bekämpfen. Dazu sollen auf internationaler Ebene Lösungen gefunden werden, um eine gemeinsame und faire Besteuerung von multinationalen Unternehmen, insbesondere aus dem Bereich der Digitalwirtschaft sicherzustellen. Wir befürworten eine Harmonisierung der Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage. Hierbei müssen die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft berücksichtigt werden.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher plädieren dafür, sich für ein **leistungsgerechtes Steuersystem** einzusetzen. Wer sich anstrengt, wer etwas wagt, soll auch dafür belohnt werden. Das ist praktizierte Leistungsgerechtigkeit.

Steuererhöhungen erteilen wir eine klare Absage. Wir stehen weiter für eine verantwortungsvolle Steuerpolitik, die unsere Unternehmen im internationalen Vergleich entlasten muss. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Deutschlands insgesamt und trägt damit langfristig auch zu steigenden Steuereinnahmen bei.

Kleine und mittlere Einkommen sollen bei der Einkommensteuer entlastet werden. Zudem muss der Solidaritätszuschlag für alle abgeschafft werden. Wir setzen uns für ein einfaches und verständliches Steuerrecht ein. Dazu gehört neben der Online-Steuererklärung auch ein digitaler Steuerbescheid.

Die haushalts- und finanzpolitischen Sprecher fordern die **Vermögensbildung für alle**, unabhängig vom Beschäftigungsverhältnis und Einkommen. Wir setzen uns dafür ein, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter zu verbessern. Wir befürworten zudem einen Anlagenmix beim Aufbau des Vermögens für die Altersvorsorge jedes Einzelnen, vor allem unter Berücksichtigung der Niedrigzinsphase. Daher begrüßen wir die Forderung nach der Erhöhung des Sparer-Pauschbetrag und der Arbeitnehmersparzulage sowie eine Steuerfreiheit von Gewinnen aus vermögenswirksamen Leistungen nach der Mindesthaltefrist.

Wir lehnen eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer entschieden ab. Einer daraus folgenden unnötigen Mehrbelastung von (Familien-)Unternehmen, Hauseigentümern und Mietern erteilen wir eine klare Absage.